

## Antrag

der CDU-Fraktion

### **Konzept zur zielgerichteten Bekämpfung von Armut vorlegen**

Der Landtag stellt fest:

Laut einer vom Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V. im August 2014 vorgestellten Expertise sind 11 Prozent der Brandenburger von Armut betroffen, während für weitere 7 Prozent ein Armutsrisiko besteht. Das sind insgesamt 4,2 Prozent mehr als im Jahr 2009. Gemessen am Bundesmaßstab beträgt das Armutsrisiko in Brandenburg 22 Prozent. Von Armut betroffen sind vor allem die äußeren Regionen des Landes und die kreisfreien Städte Cottbus und Frankfurt/Oder. Festgestellt wurde in den Befragungen, dass die Mehrheit der von Armut Betroffenen keine staatlichen Leistungen für Arme kennt. Besonders armutsgefährdet sind derzeit Arbeitslose und Alleinerziehende. Ein weiterer wesentlicher Armutsfaktor ist eine geringe Bildung. Dabei wirkt sich der fehlende Berufsabschluss negativer aus als der Schulabschluss. Festgestellt wurde in der Expertise auch, dass in den nächsten Jahren auf Grund unterbrochener Erwerbsbiografien eine deutliche Zunahme der Altersarmut erwartet wird.

Armut ist mehr als die bloße Einkommensarmut und sie unterliegt auch einer unterschiedlichen Wahrnehmung. Die Vermeidung der unterschiedlichen Armutslagen und Hilfe für diejenigen, die bereits von Armut betroffen sind, muss unser aller Anliegen sein.

Der Landtag beschließt:

Die Landesregierung legt bis Juni 2015 ein umfassendes Konzept zur Armutsbekämpfung in Brandenburg vor. In diesem Konzept muss die Prävention ebenso Berücksichtigung finden wie das Aufzeigen von Wegen aus den unterschiedlichen Armutslagen. Das Hauptaugenmerk muss sich auf die Bekanntmachung und bessere Verzahnung aller Maßnahmen und Projekte zur Armutsbekämpfung richten. Das trifft auf die Verbesserung der Bildungsbeteiligung der Kinder ebenso zu wie auf Maßnahmen zur passgenauen Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen und zur Integrationsbegleitung. Diese Ansätze dienen der Bekämpfung der materiellen und ideellen Armut gleichermaßen. Darüber hinaus muss geprüft werden, inwieweit es zielführend

ist, besonders Betroffenen durch gezielte Ansprache und das Aufzeigen von Unterstützungsangeboten insbesondere Wege aus der materiellen Armut aufzuzeigen.

Prof. Dr. Michael Schierack  
für die Fraktion der CDU